

Ein Bootcamp der digitalen Verwaltung

Am 14. und 15. November findet in diesem Jahr zum 10. Mal der **eGovernment Summit** statt. Unter dem Motto „Public Trust und Governance“ diskutieren dann wieder Experten aus Bund, Ländern und Gemeinden sowie aus Wirtschaft und Wissenschaft die aktuellen Trends im eGovernment.



Die Teilnehmer des letztjährigen eGovernment Summit

eGovernment und Digitalisierung sind endgültig in der Politik angekommen. Soweit die gute Nachricht. Doch noch ist der Rückstand, den Deutschland in diesen beiden Bereichen im Vergleich zu anderen EU-Ländern hat, gewaltig. So erklärte der Schirmherr des eGovernment Summit, Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, Klaus Vitt, in seinem Grußwort: „Um unser Ziel zu erreichen, binnen fünf Jahren alle geeigneten Verwaltungsleistungen auch online anzubieten, werden wir unsere Zusammenarbeit deutlich intensivieren müssen.“ Eine Einschätzung, die in abgewandelter Form auch viele andere Teilnehmer des diesjährigen eGovernment Summit teilen. So meint etwa Horst Robertz, Head of Public Sector bei VMware: „Um den Rückstand Deutschlands zu kompensieren und ein modernes eGovernment zu initiieren, braucht es zum einen eine zentrale Stelle, an der alle Projekte zusammenlaufen und die die entsprechende Verantwortlichkeit trägt. Zum anderen müssen künftige Digitalisierungsprojekte auf Bundesebene finanziert und durchgeführt werden.“

Zusammenarbeit organisieren

In der Vergangenheit hätten gerade föderale Zuständigkeiten und Eigenwilligkeiten dazu geführt, dass gute Projekte weit hinter den geplanten Zielen zurückgeblieben seien und als Insellösung selten über die Grenzen von Kommunen

oder Ländern hinaus Beachtung gefunden hätten, so Horst Robertz weiter.

Die Forderung nach verstärkter Zentralisierung erhebt auch Marc Reinhard, bei Capgemini für den Geschäftsbereich Öffentliche Verwaltungen und eHealth zuständig: „In einer digitalisierten Welt muss IT Chefsache sein – das wurde mittlerweile erkannt. Geholfen haben dabei Industrie 4.0 und die Asylkrise – beides wäre ohne IT nicht zu bewältigen gewesen.“

Nach diesem Erkenntnisritt gelte es nun, die entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zu finden und bereitzustellen, so Reinhardt.

Und auch Ralf Schneider, Vorstand der ISB AG, plädierte für eine verstärkte Zusammenarbeit: „Der eingeschlagene Weg sollte konsequent fortgesetzt werden. Dazu sind der IT-Planungsrat sowie die CIOs der Bundesressorts und der Bundesländer mit mehr Kompetenzen auszustatten. Nach meiner Meinung reicht die Steuerungs- und Koordinationsfunktion dieser Instanzen nicht aus, um insbesondere ressort- oder gar länderübergreifende Digitalisierungsvorhaben gegenüber oder innerhalb der betroffenen Behörden durchzusetzen. Selbstverständlich sollte auch weiterhin Konsens erzielt werden, aber irgendwann einmal ist die Umsetzung gemeinsam definierter Ziele wichtiger als persönliche Befindlichkeiten einzelner Behörden.“

Schneider weiter: „Politik und Amtsspitze müssen hinter der Umsetzung der eGovernment-Ziele stehen und diese mittragen. Nach unserer Erfahrung fehlt immer

noch in ganz vielen eGovernment-Projekten genau diese Unterstützung.“ Nach wie vor sei das Tagesgeschäft wichtiger als die eGovernment-Projekte und damit die Gestaltung der digitalen Zukunft. Ganz ähnlich schätzt die Situation hier Juan Perea Rodriguez von Fujitsu Technology Solutions die Lage ein. Um den Rückstand Deutschlands aufzuholen, sei der weitere Ausbau der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Zudem, so Rodriguez, seien weitere rechtliche Anpassungen notwendig. Dazu Rodriguez weiter: „Zentrale Register sind zum Beispiel eine wesentliche Voraussetzung für das sogenannte Once-Only-Prinzip. Außerdem muss der rechtliche Rahmen für den Datenschutz verantwortungsbewusst an die Erfordernisse der Digitalisierung angepasst werden. Nicht zu vergessen sind ein konsequentes Normenscreening und die damit einhergehende Abschaffung der Schriftformerfordernis – da gibt es noch einigen Handlungsbedarf.“

Rechtliche Rahmenbedingungen

Klaus Poengen, Leiter Segment Länder und Kommunen bei T-Systems, sieht vor allem die langsame Umsetzung als Problem: „Eine der größten Herausforderungen ist das Tempo der Umsetzung. Projekte kommen deutlich zu langsam von der Konzeptionsphase in einen Test- und schließlich Wirkbetrieb. Die Erfahrung der Digitalisierung ist, dass die Veränderungsgeschwindigkeit deutlich zunimmt. Die Verwaltung droht

Staates – und wir haben gute Grundlagen, hier schnelle Fortschritte zu erzielen: Es gibt viele zukunftsfähige Ansätze, Entwicklungen und großes Engagement. Die Digitalisierung wird bereits aktiv gestaltet – allerdings eher partiell und in Teilbereichen. Politik und Verwaltung sollten sich meines Erachtens noch stärker für Standardisierungen und Interoperabilität einsetzen sowie gemeinsame Ziele und Strategien definieren. Wenn die Verwaltung stärker in die übergreifenden systematischen Überlegungen zur Digitalisierung einbezogen wird, kann sie Maßnahmen zur Umsetzung der Standards zielführend definieren und umsetzen.“

OZG – Umsetzung und Ausgestaltung

Angesichts dieser Einschätzung der Teilnehmer ist davon auszugehen, dass die Diskussion um das Onlinezugangsgesetz eine wichtige Rolle in den Gesprächen auf dem eGovernment Summit 2017 spielen wird. Wir haben daher bei den Teilnehmern auch dazu ein Stimmungsbild eingeholt.

Am prägnantesten bringt wohl Alexandra Veh von Adobe Deutschland die Meinung der Teilnehmer hier auf den Punkt. „Das Onlinezugangsgesetz, kurz OZG, ist dringend nötig, um den aktuellen Herausforderungen einen Schub zu geben und alle auf ein Niveau zu bringen.“

Und Juan Perea Rodriguez ergänzt dazu: „Zum einen wurde mit dem OZG ein passender rechtlicher Rahmen geschaffen. Hinzu kommt, dass der IT-Planungsrat mit dem Koordinierungsprojekt Portalverbund genau das Ziel verfolgt, die föderalen Strukturen für ein effizientes, bürgerfreundliches eGovernment abzubilden. Darauf

hier den Anschluss zu verlieren, wenn die Umsetzungsgeschwindigkeit nicht deutlich zunimmt.“ Und für Andreas Gremm, als Senior Business Architect bei CA Technologies ebenfalls für den Bereich der Öffentlichen Verwaltungen zuständig, ist der Rückstand Deutschlands vor allem eine Bewusstseinsfrage. Dazu Gremm: „Bund und Länder treffen sich ja bereits in vielen Veranstaltungen und Gremien. Muss die Basis von eGovernment und Digitalisierung nicht in den Kommunen stattfinden? Die kommunale Gedankenwelt führt zu der Situation, dass oft eine Digitalisierung mit der Bereitstellung von Breitbandanschlüssen ‚verwechselt‘ wird. Bei Personalengpässen wird im Zweifel immer noch das Bürgerbüro ausgedünnt.“

Wirkliche eGovernment-Prozesse zu initiieren und damit einen Omnichannel-Zugang zur Verwaltung mit Bürgerbüro, D115 und Online-Zugang zur Verwaltung zu ermöglichen, wie es in der Wirtschaft seit langem üblich sei, liege der Masse der kommunalen Politikern und Verwaltungsbeamten offenbar immer noch fern. Hinzu kämen die klammen kommunalen Haushalte, was in vielen Kommunen dazu führe, dass nur die Pflichtaufgaben budgetiert werden könnten, so Gremms kritisches Fazit.

Rolf Sahre, einer der Vorstände der Lübecker Mach AG, legte den Schwerpunkt seiner Analyse hingegen auf einen anderen Bereich: „eGovernment ist ein Gradmesser für die Innovationsfähigkeit des



Katrin Lange, CIO des Landes Brandenburg, referierte 2016 als Vorsitzende des IT-Planungsrats über die Situation von eGovernment in Deutschland.



Staatssekretär Klaus Witt, wird auch in diesem Jahr wieder mitdiskutieren

setzt die Digitalisierungsstrategie des IT-Planungsrates auf. Die Programmorganisation ist stimmig. Wenn es Bund, Ländern und Kommunen gelingt, hier wirklich an einem Strang zu ziehen, dann kann das zu einem deutlichen Schritt nach vorne führen. Hierfür sind eine enge Koordination sowie ein abgestimmtes und verlässliches Vorgehen auf Augenhöhe erforderlich.“ Und Horst Robertz hat in diesem Zusammenhang nochmals darauf verwiesen, dass zur Umsetzung des OZG auch eine organisatorische Anpassung der Strukturen notwendig sei, das sonst „die Verwaltung nicht in der Lage ist, entsprechende Projekte wie geplant umzusetzen“.

Vom Leuchtturm zum Masterplan

In diesem Zusammenhang werden sich die Teilnehmer des eGovernment Summits 2017 auch damit befassen, wie die vielen, zum Teil sehr innovativen und erfolgreichen Leuchtturmprojekte im eGovernment in die Fläche zu bringen sind. Dazu Rolf Sahre: „In der Tat haben wir in den Bundesländern sehr unterschiedliche Regelungen, was das Thema eGovernment betrifft. Einige Länder haben bereits sehr klare Strukturen geschaffen, andere Länder sind aktuell noch in der Entwicklung eigener Gesetze. Eine einheitliche, bundesweite Regelung würde hier Abhilfe schaffen und insbesondere bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit der Verwaltungen helfen. Denkbar wären so beispielsweise Verbundprojekte der Länder für bestimmte eGovernment-Projekte. Betrachtet man das häufig zitierte Vorzeigeland Estland, erkennt man, dass

die Überwindung föderaler Strukturen zu schnellen, praktikablen Ergebnissen führen kann.“ Sicherlich könne man die deutschen Gegebenheiten nicht mit Estland vergleichen, so Sahre weiter, aber selbst bei den Ministerien des Bundes bestimme noch heute jedes Ressort selbst über die Einführung ihrer Projekte. Nur eine zentrale Stelle, ob nun in einem eigenen Ministerium für Digitalisierung oder in einer zentralen Position, die im Kanzleramt angesiedelt ist, könne hier Prozesse beschleunigen und einheitliche Standards setzen. Und Horst Robertz verweist in diesem Zusammenhang auf die Finanzierung: „Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einer zentralen Finanzierung, die bei Landesprojekten vonseiten des Bundes Unterstützung finden, bei Kommunalprojekten entweder von den Ländern selbst oder ebenfalls durch den Bund. Nachgeordnete Einheiten, die anstatt vorhandene Lösungen zu nutzen Geld ausgeben wollen, können durch Sanktionen eingegrenzt werden. Auf diesem Weg wird es möglich sein, auch den Föderalismus in den Hintergrund zu rücken.“

Public Trust und Governance

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass technische Veränderungen – wie etwa Chatbots, Blockchain und KI – die Öffentlichen Verwaltungen unter einen erheblichen Veränderungsdruck setzen. Auch mit diesem Thema wird sich der eGovernment Summit des Jahres 2017 also befassen. Den Rahmen für die Diskussion auf dem Summit gibt hier Marc Reinhardt von Capgemini vor. „Ich sehe den Veränderungsdruck dieser

neuen Entwicklungen weder durchgängig noch für alle gleich hoch. Die Verwaltung muss entscheiden, welche dieser Innovationen für sie wertvoll und wo ein konkreter Nutzen erkennbar ist. Der aktuelle technologische Status der Verwaltung ist noch etliche Jahre hinter dem Niveau, das in der Industrie aktuell vorherrscht. Die Verwaltung sollte sich deswegen darauf konzentrieren, in der Breite zügig die als sinnvoll und notwendig anerkannten Innovationen umzusetzen. Daneben mag es auf allen föderalen Ebenen Innovatoren geben, die schon bereit sind, weiter zu gehen. Denjenigen, die die Fähigkeiten und Mittel dazu haben, sollten Freiräume gewährt werden – in Modellregionen und Erprobungsräumen können solche Technologien getestet werden. Wo der Nutzen belegt ist, kann und sollte dann auch zügig die Skalierung erfolgen. Wo durch neue Technologien Entwicklungsschritte übersprungen werden können, sollte das evaluiert werden. In aller Regel limitiert nicht die Technik die Geschwindigkeit des Fortschritts, und noch mehr neue Technologie wird die Geschwindigkeit auch nicht automatisch erhöhen.“

Zudem müsse die Politik, so Reinhardt, den Rahmen für die Digitalisierung abstecken. Durch den technologischen Fortschritt würden neue soziale, wirtschaftliche und ethische Fragen aufgeworfen. Durch diese Innovationen könnte die Gesellschaft vorangebracht werden, zugleich könnten aber auch signifikante soziale Ungleichgewichte geschaffen, ethische Übereinkünfte zerbrochen und damit auch der soziale Frieden gefährdet werden, so Reinhardt. Zur Beherrschung dieser Risiken

rät zum Beispiel Ralf Schneider von der ISB AG: „Selbstverständlich haben diese neuen Technologien auch ihre Risiken. Eine Vermeidung dieser unerwünschten Nebeneffekte ist nach meiner Meinung nur möglich, wenn man entsprechende IT-Experten für diese Technologien wie auch Security-Spezialisten früh genug einbindet, um bereits im Rahmen eines professionellen Risikomanagements Risiken zu eruieren und sowohl proaktive wie auch reaktive Maßnahmen aufzusetzen.“

Ohne Zweifel ist auf dem eGovernment Summit 2017 eine intensive Diskussion dieser Zusammenhänge zu erwarten. Eine Einschätzung, die auch die Teilnehmer des Summit teilen.

Der eGovernment Summit – Stätte des Dialogs

So meint Klaus Poensgen von der T-Systems: „Wollen wir in Deutschland bei eGovernment und Digitalisierung im europäischen Vergleich aufholen, müssen alle Beteiligten am gleichen Strang ziehen, es bedarf eines qualifizierten Dialogs zwischen Wirtschaft und Verwaltung, bei dem sich die Partner auf gleicher Augenhöhe begegnen und gemeinsam die Ziele und den konkreten Nutzen bestimmen. Der eGovernment Summit bietet hierzu eine hervorragende Plattform, um in einen kritischen und konstruktiven Dialog einzusteigen, Erfahrungen auszutauschen und Keimzellen zu liefern für die Lösung der künftigen Herausforderungen. Wir sehen in dieser Veranstaltung die Chance, dass Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft enger zusammenrücken und gemeinsamen Perspektiven entwickeln, da sich der Erfolg des einzelnen letztendlich auch positiv auf die anderen auswirkt.“

Diesen vertrauensvollen Austausch aller Beteiligten hoben auch die anderen Teilnehmer hervor. So meint etwa Marc Reinhardt: „Der eGovernment Summit ist ein einzigartiges Format, in dem Experten und Entscheider aller Ebenen sich abseits des offiziellen Protokolls treffen und sich offen austauschen können. In informeller Gesprächsatmosphäre kann Verständnis für die Sorgen und Nöte der anderen Seite leichter gefunden werden als in den offiziellen Gremien.“

Und Ralf Sahre schätzt am eGovernment Summit: „Der vertrauensvolle Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht es, komplexe Themen von vielen Seiten zu beleuchten und dabei eine gemeinsame Zukunftsperspektive für ein digitales Deutschland zu entwickeln – es handelt sich quasi um eine Art Bootcamp der digitalen Verwaltung. Da arbeite ich gern mit.“ mk

Alexandra Veh
Enterprise Account Manager bei Adobe Deutschland



Marc Reinhardt
Head of Public Sector und Health bei Capgemini



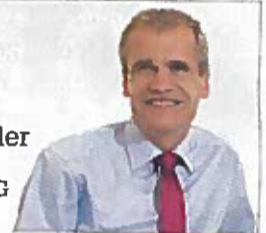
Andreas Gremm
Senior Business Technology Architect bei CA Technologies Deutschland



Juan Perea Rodriguez
Head of Public Sector Central Europe und Mitglied der Geschäftsleitung Fujitsu Technology Solutions Deutschland



Ralf Schneider
Vorstand bei ISB AG



Rolf Sahre
ist einer der Vorstände der MACH AG



Klaus Poensgen
Leiter Segment Länder und Kommunen bei T-Systems



Horst Robertz
Head of Public Sector bei VMware



Kontakt & Infos zum eGovernment Summit

Vogel IT-Akademie
Lt. Daniela Schilling
August-Wessels-Straße 27, 86156 Augsburg
Eva Kanzler, Tel: 0821/2177-203
Fax 0821/2177-237
eva.kanzler@vogel-it.de

Exklusivpartner

